



Änderungsantrag

der Fraktionen von CDU und FDP

Situation des Katastrophenschutzes in Schleswig-Holstein

Drucksache 17/ 1281

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, zur 17. Tagung (Mai 2011) einen schriftlichen Bericht darüber zu geben, welche Auswirkungen die Aussetzung der Wehrpflicht und der damit verbundene Wegfall des zivilen Ersatzdienstes in Schleswig-Holstein haben werden.

Die Landesregierung wird gebeten in ihrer Berichterstattung darzulegen, wie sie diesen Entwicklungen Rechnung tragen wird. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Umsetzung des neu zu schaffenden Bundesfreiwilligendienstes in Abstimmung mit den bestehenden Freiwilligendiensten und dem Katastrophenschutz sowie eine Neuorientierung des Bundesamtes für Zivildienst und der Kreiswehrrersatzämter. Dabei ist auch auf folgende Fragestellungen besonders einzugehen:

- Aussagen zur Verfügbarkeit von Schnelleinsatzgruppen, ehrenamtlichen Rettungsdiensten sowie Katastrophenschutzeinheiten zur Unterstützung des hauptamtlichen Rettungsdienstes,
- Aussagen über die Wintertauglichkeit bei extremen Schneesituationen der Rettungswagen (z.B. Ausstattung mit Schneeketten),
- Aussagen über die Folgen der Reduzierung der Bundesausstattung für den ergänzenden Katastrophenschutz,
- Aussagen über die Anzahl der aktuell zur Verfügung stehenden Ressourcen (Fahrzeuge und Personal) der Bundeswehr im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit und der Bundespolizei im Katastrophenfall (z.B. Schneekatastrophen, Sturmfluten, Hochwasser, Schiffshavarien),

- Aussagen bzw. Folgeabschätzung für den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein, sollte eine komplette Teilstreitkraft (z.B. Heer) oder Teile davon aus dem Land abgezogen werden,
- Aussagen über mögliche Fähigkeitslücken durch Wegfall von Ressourcen der Bundeswehr in Katastrophensituationen (z.B. schweres Räum- und Bergegerät wie bei der Schneekatastrophe 1978).

Markus Matthießen
und Fraktion

Gerrit Koch
und Fraktion